

Georgien in Aufruhr: Tausende protestieren gegen EU-Beitrittsstopp!

Tausende Georgier protestieren gegen die Verschiebung der EU-Beitrittsverhandlungen durch die pro-russische Regierung.



Tbilissi, Georgien - Tiflis, 3. Dezember 2024: In Georgien brennen die Straßen! Tausende Menschen demonstrieren gegen die von der pro-russischen Regierung angekündigte Verschiebung der EU-Beitrittsverhandlungen bis 2028. Die beunruhigenden Proteste, die am vergangenen Donnerstag ihren Anfang nahmen, füllen die Straßen der Hauptstadt Tbilissi und anderer Städte, während die Demonstranten mit Fahnen der EU und Georgiens gegen die Entscheidung der Regierung protestieren. Die Lage eskalierte am Wochenende, als bei gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei Tränengas und Wasserwerfer zum Einsatz kamen, wie **Zeit.de** berichtete.

Die Krise folgt einer bemerkenswerten Rede von Regierungschef Irakli Kobachidse, der beschuldigt wird, das Land in eine pro-russische Richtung zu lenken. Kobachidse erklärte, dass Georgien unter Druck stehe und betrachtete die EU als manipulative Macht. In einem Interview mit „Vatican News“ warnte die Caritas-Direktorin Anahit Mkhoyan, dass die Bevölkerung in Schockstarre und Panik verfallen sei. Sie beschreibt die düstere Stimmung: „Die Menschen wissen nicht mehr, wie sie ihr Leben in Georgien organisieren können. Sie wissen nicht, ob sie noch in Georgien leben wollen.“ Surprisingly, die Rückkehr zur pro-russischen Politik rüttelt an den Grundfesten der georgischen Gesellschaft, wo 80 Prozent der Bürger eine EU-Mitgliedschaft unterstützen.

Intensivierung der Proteste und deren Konsequenzen

Die Protestbewegung wird von der Präsidentin Salome Surabischwili unterstützt, die die Polizeigewalt kritisierte und betonte, dass die Demonstranten entschlossen für ihre Rechte eintreten. Trotz der Gewalteinlagen – über 224 Festnahmen wurden seit dem Beginn der Proteste verzeichnet – zeigen die Menschen in Tbilissi und anderen Städten keinen Anzeichen des Nachlassens ihrer Entschlossenheit. „Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Protestbewegung aufhört“, sagte Surabischwili und forderte eine Rückkehr zum Dialog. Diese Proteste scheinen ein Ausdruck der tiefen Unzufriedenheit mit der derzeitigen politischen Führung zu sein. Mkhoyan von Caritas äußerte ihre Besorgnis um ihre Mitarbeiter, die sich aktiv an den Demonstrationen beteiligen und aufgrund der anhaltenden Unsicherheit das Land verlassen könnten, wie von **Kathpress.at** berichtet wurde.

Details	
Vorfall	Protest
Ursache	Verschiebung der EU-Beitrittsverhandlungen

Details	
Ort	Tbilissi, Georgien
Festnahmen	224
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kathpress.at• www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at